

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Graf H. Schleg, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: J. Hasfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Kub. Hofe, Haasenstein & Vogler P. G., S. L. Paube & Co., Invalidentenk. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Hasfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 654

Montag, 18. September.

1893

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabehellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt ober deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Der Posener Provinzial-Parteitag der Freisinnigen Volkspartei.

Posen, 17. September.

I. Die Vertrauensmänner-Versammlung.

Um 3 1/2 Uhr eröffnete im kleinen Lambertischen Saale Herr Rechtsanwalt Landsberg, welcher von der Centralleitung der Freisinnigen Volkspartei zum Geschäftsführer des Parteitages ernannt war, die Delegiertenversammlung mit einer Ansprache, in welcher er zunächst darauf hinwies, daß der heute verfallene Parteitag der erste in Posens Mauern sei. Zwar habe schon vor länger als einem Jahrzehnt ein Parteitag der Fortschrittspartei getagt, aber diese Versammlung sei nichts gewesen als ein iener thaten- und fruchtlosen Parteifeste; zu einer fruchtbringenden Organisation sei bei denselben nicht gekommen. Zwischen dem damaligen und dem heutigen Parteitag liege der schöne 9-jährige Traum der deutsch-freisinnigen Partei, welcher schnell und unmerklich verfliegen sei. Es sei hier nicht der Ort und die Gelegenheit die Einzelheiten darzulegen, welche zur Trennung geführt hätten; jedenfalls sei jetzt bei allen Angehörigen der Freisinnigen Volkspartei die Meinung durchgedrungen, daß die Trennung eine Naturnotwendigkeit, eine befreiende That gewesen sei. Man habe dieselbe dem Manne zu danken, der heute in der Mitte der Versammlung wolle, Herr Eugen Richter, der von den Gegnern so sehr verleumdet als gesüchelt sei, noch unanfechtbar dastehende und mit den widrigsten äußeren Verhältnissen kämpfend einer unnatürlichen Situation ein natürliches Ende bereitet habe. Selbst die Zweifler in der Partei hätten es anerkennen müssen, daß die Scheidung besser gewesen sei, als eine neue Vermählung des Mißes. Möge man auch den Partei zurückführen, der letzten Wahlen auf die Spaltung in der Partei zurückzuführen könne die Partei doch die Zurechtweisung, daß die neue Partei, nicht gruppierung gute Früchte tragen werde und daß die Partei, nicht mehr gehemmt durch verdeckte Gegenkräfte als ein einheitliches Ganze segensreich wirken werde. Die Freisinnigen in Posen hätten vielleicht weniger als anderswo Grund zum Kabenhammer; in Bromberg seien sie beinahe siegreich gewesen und in Kolmar-Garnikau hätten sie eine starke Minorität erzielt. Wenn darauf hingewiesen werde, daß in diesen beiden Wahlkreisen Kandidaten der freisinnigen Vereinigung aufgestellt gewesen seien, so halte er dies für ein Zeichen der Freisinnigen Volkspartei mit ihrem feineren Maßstab würde entschieden bessere Chancen gehabt haben. Das Wählermaterial habe jedenfalls, wie das Beispiel Bromberg, wo der ganze Freisinnige Verein einstimmig seinen Beitritt zur Freisinnigen Volkspartei bestanden. Wenn die Freisinnigen gleichwohl keine Wahlsiege erfochten hätten, so habe dies an dem Mangel einer festen Organisation gelegen. Die Provinz und ihre Nachbarstaaten liege in dieser Beziehung noch sehr im Argen. Der Redner schloß die Rede mit dem Wunsch, daß die Freisinnigen in Posen, die Freisinnigen in Schlesien als Muster einer Organisation hin, von dem 9 freisinnigen Abgeordneten allein 7 Mitglieder der Volkspartei gewählt worden seien. Aber man brauche am Wachstum der Partei deswegen durchaus nicht zu verzweifeln, es bedürfe nur der werbenden, aufklärenden energischen Arbeit von Mann zu Mann. Freilich werde gerade in Posen und Westpreußen die Wahlarbeit sehr erschwert durch die eigentümlichen nationalen Verhältnisse und es seien daher auch in nächster Zeit noch keine merklichen Früchte zu erwarten. Aber wenn es auch nicht gleich gelinge, alte politische oder konservative Stammesidee zu erobern, so gebe es doch auch freisinnige Wahlkreise, welche derbehalten werden müßten. Dieser sei bisher unter dem Deckmantel einer Vertiefung des Deutschthums vielfach nur für die Konservativen gearbeitet worden, das müsse einmal aufhören. Zu den bevorstehenden Landtagswahlen gelte es mit einer frischen, kräftigen Wahlarbeit einzusetzen. Der heutige Parteitag, so schloß der Redner, ist der erste nach dem kürzlich abgehaltenen Nordhausener Tage, möge er reiche Früchte bringen im Dienste der Partei und des Vaterlandes, zum Schutze von Recht und Freiheit. In diesem Sinne beziehe ich Sie alle herzlich willkommen!

Bei der sodann vorgenommenen Wahl des Bureaus wurde Herr Bürgermeister a. D. Herse zum Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Stein-Thorn, Gutshof. Hempel-Bromberg und Bauergutshof. Witte-Rohlf zu Stellvertretern, Rechtsanwalt Jacobsohn und Stadtrat Jädel zu Schriftführern ernannt. Bürgermeister a. D. Herse dankt in seinem und im Namen der übrigen Mitglieder des Bureaus für das ihnen erwiesene Vertrauen. Aus dem Umstände, daß man ihn, der i. B. den bereits erwähnten Parteitag der Fortschrittspartei geleitet habe, wieder zum Vorsitzenden gewählt habe, folgerte er, daß man dadurch die Kontinuität zwischen der Fortschrittspartei und der freisinnigen Volkspartei habe dokumentieren wolle.

Bei der nun folgenden Feststellung der Präsenzliste ergab sich, daß folgende 14 Landtagswahlkreise durch Delegierte vertreten sind: Posen-Stadt, Posen-Land-Obornik, Samter-Birnbaum, Meseritz-Bomst, Neutomischel-Grätz-Schmettel-Kosten, Schrimm-Schroda, Jaroschin-Krotoschin-Weichen, Zilchne-Garnikau-Kolmar, Wirfisch-Bromberg, Schubin-Inowrazlaw-Strelno, Gnesen-Witkowo, Mogilno-Znin-Wongrowitz, Thorn-Kulm, Deutsch-Crone.

Bezüglich der Bezirksorganisation in der Provinz Posen und den angrenzenden Kreisen von Westpreußen schlug der vom Geschäftsführer vorgeschlagene Entwurf des Organisationsstatuts vor, die westpreussischen Wahlkreise Deutsch-Crone und Thorn-Kulm dem Posener Parteiverbande anzuschließen, dagegen die Wahlkreise Lissa-Fraustadt und Kröben, welche ohnehin ganz nach Schlesien hin gravitieren und ihre Unterstützung von den benachbarten schlesischen Wahlkreisen aus bekommen, dem schlesischen Verbande zuzuwenden. Während der letztere Vorschlag angenommen wurde, beschloß die Versammlung nach einer eingehenden Diskussion und Anhörung der betreffenden Vertreter, die Reichstagswahlkreise Bromberg-Wirfisch-Schubin und Thorn-Kulm von dem Provinzialverbande zu trennen. Derselben sollen demnächst einen eigenen Bezirksverband bilden, dem eventuell noch einige westpreussische Wahlkreise anzuschließen wären.

Nach einem eingehenden Referat des Geschäftsführers des Parteitages, Rechtsanwalt Landsberg und nach ausführlichen Debatten über die Einzelheiten wurde sodann das Statut mit der durch vorgenannten Antrag bedingten Aenderung angenommen. Dasselbe lautet:

I. Alljährlich mindestens einmal treten die Vertrauensmänner der Freisinnigen Volkspartei aus der Provinz Posen und dem benachbarten Reichswahlkreise Deutsch-Crone zu einem Parteitage zusammen. Ausgeschlossen von dem Parteiverbande der Provinz sind die Wahlkreise Fraustadt-Lissa, Kröben, Bromberg und Wirfisch-Schubin.

Die Zahl der auf dem Parteitage stimmberechtigten Vertrauensmänner soll für die organisierten Reichswahlkreise 10, für die übrigen Reichswahlkreise 6 nicht übersteigen.

Ort, Zeit und Tagesordnung des Parteitages werden, soweit der vorhergegangene Parteitagsbestimmungen nicht getroffen hat, durch den Vorstand des Parteitages bestimmt.

II. Der Vorstand des Parteitages wird für die Dauer eines Jahres eingelezt und besteht aus je einem, auf dem Parteitage durch die Vertrauensmänner des betreffenden Wahlkreises zu präsentierenden Vertreter für die drei Reichswahlkreise Posen, Kolmar-Garnikau und Meseritz-Bomst. Außerdem sind Mitglieder des Vorstandes Reichstags- und Landtagsabgeordnete der Freisinnigen Volkspartei, welche den Provinzialbezirk vertreten und in demselben wohnen.

Der Vertreter des Wahlkreises Posen führt den Vorsitz im Vorstande und ist im Sinne des Organisations-Statutes der Partei Mitglied des Central-Ausschusses der Gesamtpartei.

Der Vorstand bereitet die Beschlüsse des Parteitages vor und führt sie aus, soweit dazu nicht andere Organe bestimmt werden.

III. Neben dem Vorstande wird aus Parteigenossen der Stadt Posen ein besonderer geschäftsführender Provinzial-Ausschuß von fünf Personen gebildet, welche durch die Vertrauensmänner des Reichswahlkreises Posen auf dem Parteitage zu präsentieren sind. Dieser geschäftsführende Ausschuss hat unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Vorstandes sein sich angelegen es zu lassen, die Parteigenossen in den zum Bezirk gehörigen Nachbarkreisen in der Organisation und Agitation auf jede Weise durch Rath und That zu unterstützen. Insbesondere liegt dem Provinzialausschuß auch ob, auf die Gründung freisinniger Vereine, die Abhaltung von Versammlungen und Vorträgen und die Verbreitung der freisinnigen Presse und Literatur im Bezirke hinzuwirken, die Lokalpresse der einzelnen Wahlkreise zu unterstützen und, wo eine solche nicht besteht, für die Verbreitung geeigneter Blätter aus den benachbarten Kreisen zu sorgen.

IV. Die Aufbringung der Kosten, welche durch die Verfassung von Parteitagen und die Thätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses entstehen, erfolgt nach Maßgabe der Beschlüsse des Vorstandes. Dem geschäftsführenden Provinzialausschuß sind Aueren zur Bestreitung seiner Ausgaben im Voraus zur Verfügung zu stellen.

V. Auch der geschäftsführende Ausschuss der Partei in Berlin ist in Gemäßheit des Organisationsstatutes der Partei berechtigt, einen Provinzial- oder Bezirksparteitag zu berufen. Der genannte Ausschuss kann sich auf jedem Parteitage durch seine Mitglieder vertreten lassen. Von dem durch den Vorstand berufenen Parteitage ist dem geschäftsführenden Ausschuss in Berlin unter Mitwirkung der vorbereiteten Anträge rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Zum Vorstande des Parteitages werden gewählt Rechtsanwalt Landsberg-Posen, Brauereibesitzer Dokuwicz-Wollstein (Wahlkreis Meseritz-Bomst) und Bildhauer Bontsch-Schönlanke (Kolmar-Garnikau).

Bezüglich der bevorstehenden Landtagswahlen erstattet Rechtsanwalt Landsberg eingehend Bericht über die Lage der Verhältnisse in den einzelnen in Betracht kommenden Wahlkreisen. Nach einer eingehenden Diskussion hierüber wird folgende vom Abgeordneten Richter beantragte Resolution angenommen:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen in allen Landtagswahlkreisen möglichst auf die Wahl von freisinnigen Wahlmännern hinzuwirken, um bei den Abgeordnetenwahlen das liberale Bürgerthum in Stadt und Land in einer seiner Bedeutung entsprechenden Weise zum Ausdruck zu bringen.“

Zum Schluß hielt Herr Kaufmann Friedländer-Posen als Fachmann noch ein ausführliches Referat über die geplante Tabakfabriksteuer. Wir werden dasselbe in einer der nächsten Nummern zum Ausdruck bringen. Er gab zunächst an der Hand statistischen Zahlenmaterials ein Bild von dem Umfange der Tabakindustrie unter dem gegenwärtigen Steuerherrschaft, beleuchtete alsdann die verberlichen Folgen, welche eine Erhöhung der Tabaksteuer sowohl für die Arbeitgeber als für die Arbeiter haben müßte und wies darauf hin, daß die Lasten, welche die neue Steuererhöhung mit sich bringe, gerade denjenigen Schultern aufgebürdet würden, welche ohnehin schon zum größten Theil die durch die neue Heeresorganisation veranlasste Mehrbelastung zu tragen hätten.

Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank der Versammlung aus und empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Der Parteitag erklärt sich gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer, weil solche zum allergrößten Theil dieselbe minder wohlhabende Bevölkerung belasten würde, welche ohnehin schon die persönlichen Militärlasten zu tragen hat, die aus der Heeresorganisation folgen. Außerdem würde die Vertheuerung des Tabaks zur Verminderung des Verbrauches führen bezw. die Rückkehr zur Weife an Stelle der Zigarre fördern und damit einen großen Theil der Arbeiter brotlos machen. Auch würde die Form der Fabriksteuer wegen des damit verbundenen Kontrollsystems zur Vernichtung aller kleinen Betriebe in der Tabakindustrie, insbesondere auch der Hausindustrie führen.“

Nach der einstimmigen Annahme dieser Resolution schloß der Vorsitzende die Delegiertenversammlung.

II. Die Volksversammlung.

Schon um 6 Uhr war der große Lambertische Saal, aus welchem sämtliche Tische entfernt worden und lange Stuhlreihen

aufgestellt waren, gefüllt, und noch immer strömten hunderte hinzu. Gegen 6 1/2 Uhr konnte denn auch buchstäblich kein Apfel mehr zur Erde und hunderte, welche keine Stühle mehr vorfinden, begnügten sich mit Stehplätzen und füllten den Saal bis auf die Treppen hinauf; wir schätzen die Zahl der Anwesenden auf 1000-1200 Personen.

Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden Dr. Friedländer ergriff Abg. Eugen Richter, welcher von der Versammlung mit brausendem Hoch und langanhaltendem Händeklatschen begrüßt wurde, das Wort. Er dankte für die freundliche Begrüßung und wies sodann auf die Veränderungen hin, welche seit dem letzten Mal, wo er an dieser Stelle gesprochen habe, seit 5 Jahren, in der inneren Politik eingetreten seien. Der alte Kurs habe dem neuen Kurse Platz gemacht, auf dessen Rechnung ein rapides Steigen der Militärlasten und eine Verkümmern der Interessen der Zivilverwaltung zu sehen ist. Freilich hat die jetzige Regierung manche böse Erbschaft von dem System Bismarck übernommen; die Schutzpolitik, die Begünstigung zünftlerischer Bestrebungen, die sozialpolitische Gesetzgebung, welche keinen der Beteiligten befriedigt, die Monopolisirung der Eisenbahnen und endlich eine foppstellige und unfruchtbare Kolonialpolitik sind alles Erbschaften des alten Kurzes. Manches, was unter dem Fürsten Bismarck gesät worden ist, ist jetzt aufgegangen. Nach dem Grundsatze „Theile und herrsche“ hat das Bismarckische Regierungssystem die Parteien zersplittert, an Stelle der politischen Parteien Interessengruppen unterstützt, auch wenn es auf Kosten der Allgemeinheit geschah. Der Sozialismus wurde in seinen Anfängen von Bismarck gehegt und gepflegt, es kam ihm darauf an, dem liberalen Bürgerthum in den Rücken zu fallen und zu seiner Bekämpfung eine neue Macht zu organisieren. Seine Behandlung mit Zuckerbrot und Peitsche, mit der sozialen Gesetzgebung auf der einen, dem Sozialistengesetz auf der anderen Seite hat weiter zum Wachstum der Sozialdemokratie beigetragen. In derselben Weise hat er die agrarischen Interessen begünstigt, die Handwerker durch Kettentzen mit zünftlerischen Bestrebungen gefördert, und als der Sozialismus durch das Sozialistengesetz geknebelt war, durch Begünstigung des Antisemitismus neue Gegner zu schaffen gesucht. Zu lange haben sich die Nationalliberalen gegenüber dieser neuen Erscheinung neutral verhalten, während die Konservativen sich mit den Antisemiten enger und enger verbrüder haben, so daß, wer heute für einen Kontervaftiven stimmt, so gut wie antisemitisch wählt. An sich ist der Antisemitismus sittlich verwerflich und die Bezeichnung, welche ihm Kaiser Friedrich beigelegt hat, eine Schmach des Jahrhunderts, ist durchaus zutreffend, aber in seinen neuesten Erscheinungen, dem Geschäfts- und Rabau-Antisemitismus ist er geradezu ekelregend geworden. (Bravo! Sehr richtig!)

Auch die von der Bismarckischen Regierung inaugurierte Polenpolitik hat die Freisinnige Partei nicht gebilligt. Wir haben den damaligen Maßnahmen im Verein mit Centrum und Polen nicht zugestimmt. Schon vor 5 Jahren erklärte ich mich an dieser Stelle gegen die Maßnahmen der Regierung und sagte, die Früchte, welche man von denselben erwartete, würden nie geerntet werden; und nun zeigen sich die Resultate dieser Politik. Niemals vorher sind die Polen im Reichstage so stark gewesen, wie im gegenwärtigen Reichstage. Wir wünschen nicht weniger als irgend ein Deutscher die Assimilierung der Polen, aber die eingeschlagenen Wege mißbilligen wir. Der Redner weist auf die Massenausweisungen ausländischer Polen hin, welche ohne ersichtlichen Grund vorgenommen wurden und der Volkswirtschaft ungeheuren Schaden zugefügt haben. Gerade, weil wir der Ansicht sind, daß die ehemals polnischen Landestheile dauernd dem preussischen Staate einverleibt sind, wünschen wir, daß den Polen die Gleichberechtigung nicht vorenthalten werde. Die Schweiz und Nordamerika haben eine ganze Reihe von verschiedenen Nationalitäten zu einem Staatsganzen vereinigt und dem mächtigen deutschen Reiche sollte es nicht möglich sein, seine verschiedenartigen Bestandtheile friedlich zu einigen und zusammenzufassen? Ehemals wurde uns wegen unserer Haltung in der Polenfrage Mangel an Patriotismus vorgeworfen, heute werden uns die polnischen Abgeordneten, wenn sie Soldaten und Schiffe bewilligen, sogar als Musterabgeordnete hingestellt. Heute partirt die Regierung mit den Polen und man hat noch nicht gehört, daß ein Geiz als schlechter angesehen wird, weil es mit Hilfe der Polen zu Stande gekommen ist. Lebhafteste Heiterkeit und Beifall. Der neue Kurs hat nun freilich der Polenpolitik des Fürsten Bismarck einige Spitzen abgebrochen, er hat einen Polen als Erbschloß von Bismarck-Gnesen bekräftigt und hat ihnen in der Frage des Privatprachunterrichts einige Zugeständnisse gemacht. Wir sind der Ansicht, daß Alles, was sich mit der Einheit des Staates verträglich, bewilligt werden soll ohne Rücksicht auf Soldaten und Schiffe und daß umgekehrt nichts bewilligt werden darf, was sich mit der Staats Einheit nicht verträglich. Um so widerprüchlicher gegenüber diesen Zugeständnissen ist es, wenn noch immer das Ansiedlungsgesetz aufrecht erhalten wird.

Man kann wohl den polnischen Rittergutsbesitzer von seinem Besitz ablösen, aber sein sozialer Einfluß wird dadurch doch nicht gehindert. Was will überhaupt das ganze Auskaufen von polnischen Großgrundbesitzern befragen? Nach dem dem Landtage vorgelegten Bericht der Ansiedlungskommission sind in den acht Jahren seit dem Bestehen des Gesetzes kaum 6000 Personen angesiedelt. Von diesen sind ungefähr 3000 aus der Provinz selber und 3000 aus anderen deutschen Provinzen. Das macht also durchschnittlich 500 Personen pro Jahr. Demgegenüber braucht man nur die Zahl der jährlichen Auswanderer aus der Provinz zu erwägen, um zu sehen, wieviel machtvoller die Verhältnisse wirken. Im letzten Jahr sind nämlich allein 29 000 Personen aus der Provinz ausgewandert. Auch wir sind für die Kolonisation in der Provinz. Wir verstehen aber unter Kolonisation etwas anderes, nämlich alles, was geeignet ist das Land wohlthlicher zu machen. Die jetzigen Maßregeln erwecken indessen eher den Eindruck, als ob es nur darauf ankomme, ein starkes Glacis gegen Rußland und ein Probirfeld für höhere Verwaltungsbeamte zu bilden. (Heiterkeit.) Zu einer richtigen Kolonisation bedarf es vor allem der freien individuellen Entwicklung und der Stärkung und Kräftigung des bäuerlichen Elementes. Dabei entfallen aber mehr als 60 Proz

des Landes auf den Großgrundbesitz, d. h. Güter von mehr als 100 Hektar. Nirgends ist gerade so viel Grundbesitz in der tothen Hand und durch Fideikommiss gebunden und nirgends sind gerade die Behörden so spröde gegen kommunale Reformen wie gerade in der Provinz Posen. Die neue Landgemeindevorbereitung hat allerdings auch für diese Provinz Anwendung gefunden. Sie entsprach zwar nicht allen Forderungen, die wir an sie stellen, aber sie machte doch zuerst den Anfang mit einer Ordnung der Landgemeindeverbältnisse, der Einrichtung geordneter Gemeindevertretungen und gestattete zuerst den Nichtbesitzern, entsprechend ihren Steuern an den Gemeindevahlen theilzunehmen. Weil wir, wenn wir das bessere nicht bekommen können, auch mit dem weniger guten vorlieb nehmen, so haben wir dieser Landgemeindevorbereitung zugestimmt im Gegenlatz zu den Konserwativen, welche alles daran gesetzt haben, sie zu verschlechtern. Der Redner führt einige Beispiele dafür an, in welcher Weise diese Verschlechterung seitens der Konserwativen erfolgt ist.

Die Provinz Posen entbehrt heute noch der Gleichstellung in Bezug auf die Kreis- und Provinzialordnung. Früher kam es allerdings weniger darauf an, wie die Kreis- oder Provinzialordnungen beschaffen waren. Die ganze Thätigkeit der Provinzial-Landtage bestand darin, daß die getreuen Stände dem Oberpräsidenten und hierauf der Oberpräsident den getreuen Ständen ein Diner gab. Heute ist das anders geworden, es ist daher nicht mehr angängig, daß der Kreis- und Provinzialausschuß auf die alten Ordnungen aufgepfropft sind. In der Provinz Posen allein gilt heute noch die ständische Zusammenlegung und das Wahlrecht der Rittergutsbesitzer, sodaß in den Kreislagern 1500 Rittergutsbesitzer, dagegen nur 120 Vertreter von Landgemeinden in den Kreislagern Stimmrecht haben, während die Landgemeinden an Kreislagern 192.070 W., die Rittergutsbesitzer dagegen nur 1733.000 W. bezahlen. Noch ärger ist das Verhältnis der 133 Städte zu den Rittergütern.

Fraustadt zahlt 25 Proz., Wronowitz 30 Proz. und Gnesen sogar 54 Proz. zu den Kreislagern, dafür aber haben diese Städte nur eine Stimme auf dem Kreisstage, ebenso wie ein noch zu verschuldetes Rittergut. Es ist das Verdienst der freisinnigen Partei, den Versuch gemacht zu haben, bei der Beratung der Novelle von 1889 wenigstens etwas mehr Gerechtigkeit in dieser Beziehung zu erlangen. Es ist damals von der Partei beantragt worden, Städten von 15.000 Einwohnern 5 Stimmen und für je weitere 5000 Einwohner noch eine Stimme hinzu auf dem Kreisstage zu geben. Wir haben aber damals mit dem Antrage allein gestanden. Alle anderen Parteien widersprachen dem Antrage, freilich ohne durchschlagende Gründe. Sie meinten, wenn erst die neue, allgemeine Kreisordnung der Zukunft beraten würde, dann würde das alles eine Arbeit sein. Wir sagen demgegenüber, wenn man nicht einmal in Kleinigkeiten Fortschritte machen will, wo bleibt denn da überhaupt der Fortschritt? Die Gegner haben ferner gemeint, die Ungerechtigkeit für die Landgemeinden würde durch die Verwirklichung des Antrages nur um so größer werden. Aber, so wird denn doch jeder fragen, warum sträubt ihr Euch denn dagegen, auch diesen Leuten ihr Recht werden zu lassen. Haltet ihr denn das für richtig, daß auf den Kreislagern in der Provinz Posen 1500 Rittergutsbesitzer erscheinen und $\frac{1}{2}$ der Vertretung repräsentieren, während auf die Bauern und Bürger nur $\frac{1}{4}$ entfallen? Freilich, wenn man forscht, immer nur den Gegensatz zwischen Deutschen und Polen hervorzuheben und bei den Wahlen, um nur ja deutsch zu wählen, den Konserwativen die Stimme giebt, kann sich das liberale Bürgerthum, kann sich das Bürgerthum überhaupt nicht darüber beklagen, daß es zu wenig Einfluß hat. (Lebhafte Beifall.)

Im Laufe der 5 Jahre sind wir auch mit einem Unterrichts-gesetz beschäftigt worden, über welches zwei Minister gefallen sind. Herr v. Bredow, der ja aus dieser Stadt berufen wurde, war durchaus kein Bureokrat, kein „Nebenminister“, der um jeden Preis an seinem Portfeuille feilt, aber er war ein durch und durch konservativer Mann, der zum Unterrichtsminister nicht geeignet war. Gerade für diese Provinz wäre sein Gesetz besonders unheilvoll geworden; denn gerade hier nehmen die paritätischen Schulen, da der konfessionelle Gegensatz sich vielfach mit dem nationalen deckt, eine ganz besonders wichtige Stellung ein. Von den 306.000 Schülern in der Provinz Posen aber wird nahezu ein Viertel in paritätischen Schulen unterrichtet. Eine weitere unheilvolle Wirkung des Gesetzes hätte darin bestanden, daß es den Städten die Sorge für die Hebung und Förderung der Volksschulen außer ordentlich erschwert hätte. Gerade hier auf dem Lande aber bedarf die Schule der Hebung. Von den 306.000 Schülern der Provinz Posen befinden sich mehr als 100.000 in überfüllten Klassen, d. h. in Klassen mit mehr als 70 oder 80 Schülern. Wenn unter diesen Umständen der Lehrer die Kinder davon abhält, daß sie sich gegenseitig prügeln, so ist das alles nur Mögliche. (Lebhafte Heiterkeit.) Die Lehrer leiden unter diesem System am meisten und doch können dieselben mehr für die Besserung dieser Verhältnisse thun, wenn sie nicht, besonders auf dem Lande, sich einfach zu Schleppenträgern der Konserwativen machen. Denn es ist nicht wahr, daß es bloß an Geld fehlt, es fehlt auch an gutem Willen.

Nach der Lex Huene sind 246 Millionen an die Kreise vertheilt worden. Von der Summe, so steht es im Gesetze, soll ein Theil zur Hebung des Volksschulwesens verwendet werden. Zehn bis zwölf Millionen sind nun nach der Provinz Posen geflossen. Was haben aber die Kreisstage von diesem Gelde für die Schulen verwandt? In den amtlichen Nachweisen darüber findet man in rührender Uebereinstimmung in sämtlichen Kreisen der Provinz ein Valatzeichen. Nicht einen Pfennig haben die Rittergutsbesitzer davon für die Schulen bewilligt — desto mehr allerdings für schöne Kreishäuser und oft recht zweifelhaft nützliche Begebenheiten, zweifelhaft nämlich für die Allgemeinheit. Für die Sparbarkeit in Bezug auf die Schulen haben ja die Herren ihre eigenen Ansichten. Das Volk auf dem Lande könnte am Ende zu klug und dadurch unbequem werden. Aber selbst unsere konservatve Regierung hatte ein Einsehen und machte zweimal den Versuch, je zehn Millionen aus der Lex Huene vorweg für Schulzwecke zu entnehmen. Selbstverständlich scheiterten jedoch diese Versuche an dem Widerpruch der Konserwativen.

Desto mehr Geld ist allerdings im preußischen Staat für Kirchen und Militär vorhanden. Für den Dombau in Berlin sind zehn Millionen bewilligt, obwohl der Staat dazu gar keine Verpflichtung hat, und obgleich der Reichthum, der Kronfiskus, nichts dazu beigetragen hat. Derselbe hat sich ja sogar bekanntlich geweigert, für die Erhaltung des Gebäudes in Zukunft aufzukommen. Ferner sind 2 $\frac{1}{2}$ Millionen zur Ermöglichung der Stolgebühren bewilligt worden, obgleich nach unserer Ansicht die Aufbringung von Kirchenlasten jeder einzelnen Religionsgemeinschaft überlassen werden soll. Wie kontrastirt dagegen die Knauerei in manchen Zivilverwaltung.

Als der Justizminister 220 neue Richterstellen verlangte und nachtrags, daß dieselben dauernd notwendig seien, konnte gleichwohl der Finanzminister bei einem Etat von 2 Milliarden nur für 77 Richterstellen das nötige Geld ausfindig machen. (Heiterkeit.) Nach Berlin sind mir zahlreiche Zuschriften aus Beamtenkreisen zugegangen, welche einen höheren Wohnungsgeldzuschuß wünschen. Ich glaube schon, daß der bisherige Wohnungsgeldzuschuß nicht ausreichend ist und habe auch bereits in der Session 1889/90 einen Antrag auf Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses gestellt. Das jetzige System der Wohnungsgeldzuschüsse stammt noch aus dem Jahre 1873 und ist nach den Wohnungsgeldzuschüssen

der Unteroffiziere eingerichtet; da ist es natürlich kein Wunder, wenn es für die Beamtenfamilien nicht paßt. (Heiterkeit. Beifall.) Als dann später die Gelber in Fluß kamen, ist die Regierung ohne jedes Verständnis an die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse herangegangen und hat einfach mechanisch und prozentual die Erhöhung eintreten lassen. Als dann die Sache glücklich so weit war, daß an eine Verbesserung gegangen werden sollte, kam die Militärvorlage von 1890 dazwischen und jetzt lassen es die neuen Anforderungen für die neue Heeresorganisation ebenfalls nicht dazu kommen. Manche Verbesserungen sind ja auf unsere Anträge in der That eingetreten, so das System der Altersklassen, die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen und auch für die Ruhetage der Eisenbahnbeamten ist durch eine Vermehrung des Abblösungspersonals gefordert worden. Uns fehlt es weder an Verständnis für die Bedürfnisse der Beamten noch an gutem Willen, aber an Einfluß im Landtage. Ich werde durch Zuschriften von Beamten geradezu überschüttet, aber dieselben Beamten, welche sich in Zuschriften an uns wenden, wählen nachher konservatv. (Sehr richtig.) Das große Heer von Beamten ist erst durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen geschaffen worden. Aber die Verstaatlichung, von welcher wir i. Z. abgerathen haben, wird heute selbst von denen, welche ehemals dafür gestimmt haben, nicht mehr mit denselben Augen angesehen wie früher. Selbst Miquel gab in einer seiner Reden zu, daß in anderen Staaten, wo die Selbsthilfe mehr zur Geltung komme, der Kleinrentenbahnbetrieb weiter entwickelt sei als bei uns und Hammacher, der i. Z. die Verstaatlichung beigestimmt befürwortete, sagt jetzt, unter Eisenbahnwesen sei auf einem tothen Punkt angekommen, und hält es für das Beste, die Eisenbahnen wieder zu verkaufen oder zu verpachten. Mit der Verstaatlichung hat die Konkurrenz aufgehört und damit auch das Entgegenkommen gegenüber dem Publikum. Wenn eine Reform durchgeführt werden soll, so legt sich der Finanzminister ins Mittel und gegen diesen Finanzminister kann Niemand aufkommen (Heiterkeit und Beifall), und der Eisenbahnminister Thielens erklärt, daß das viele Reisen überhaupt gar nicht gut sei und das Gemüth der Leute verderbe; so ein Verkehrsminister kommt auch in jedem Jahrhundert nur einmal vor. (Stürmische Heiterkeit.) So ist denn aus der Tarifreform weder für den Preisen noch für den Güterverkehr etwas geworden und die Konserwativen sind natürlich sehr froh darüber. Freilich findet Graf Wirbach das Dasein in der ersten Wagenklasse noch nicht menschenwürdig, dagegen möchte er, daß den Sachverständigen in der vierten Wagenklasse nicht einmal der einfache Rabatt bewilligt würde, und doch, was würde aus der Landwirthschaft ohne die Sachverständigen? Wenn man denselben aber die Möglichkeit, sich besseren Erwerb im Inlande zu suchen, nehmen würde, so würden sie auswandern und der Heimat dauernd entfremdet werden.

Die Miquelschen Steuergesetze haben sich als große Reformen eingeführt. Die freisinnige Partei hat dieselben indessen als wirkliche Reformen nicht anerkennen können und hat deshalb dagegen gestimmt. Vor allem ist für die Fraktion der Grund maßgebend gewesen, daß dieselben ein Plus an direkten Staatssteuern ergeben. Eingeführt hat sich diese Steuerreform unter dem schönen Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit. Ich habe allerdings noch niemals ein Steuergesetz kennen gelernt, welches sich nicht in derselben Weise eingeführt hat. Die Miquelsche „Reform“ besteht nun, um es kurz zu kennzeichnen, darin, daß sich der eine an den anderen in der Steuer heraufschraubt. Das Einkommensteuergesetz hat im ersten Jahr statt der veranschlagten 80 Millionen 125 Millionen ergeben und die Stadt Posen hat hierzu auch ein Tröpfchen beigetragen. Für das Etatsjahr 1892/93 hat die Stadt allein 103.367 M. mehr als im Vorjahre zahlen müssen. Die Steuerquote ist von 6.17 auf 7.90 Mark pro Kopf, also um 1.73 M. gestiegen. Dazu wird von 1895 noch die neue Vermögenssteuer kommen, zu der die Stadt wahrscheinlich 150.000 M. beizutragen haben wird. Allerdings sind ja die Grund- und Gebäudesteuern dafür an die Gemeinden überwiesen worden, andererseits fallen jedoch auch die Ueberweisungen aus der Lex Huene fort. Wenn man zum Schluß alles zusammenrechnet, so erbleibt sich noch immer aus der Steuerform ein Plus von 20—30 Millionen für die Regierung.

Die Agrarier hätten allerdings noch mehr bewilligt. Miquel hat ihnen durch den Erlass der Grund- und Gebäudesteuer ein beträchtliches Geschenk gemacht. Unter dem Titel der Ueberweisung erhalten die Gutsbesitzer, da sie Kommunen sind, die Grund- und Gebäudesteuer erlassen, die sie in ihre Tasche stecken können. Eine wirkliche Reformregierung hätte mit der neuen Steuergesetzgebung große Reformen durchsetzen können, wenn sie die Ueberweisung mit einer Reform der Verhältnisse der Gutsbesitzer verknüpfte hätte.

Auch an dem Einkommensteuergesetz hatten wir manches auszusagen. Die inquisitorische Befugniß der Beamten geht weiter als im Interesse einer richtigen Besteuerung erforderlich ist, der Steuertarif für die mittleren Einkommen ist im Verhältnis zu den niederen und höheren Einkommen zu hoch beneffen und endlich waren wir auch aus allgemeinen politischen Gründen dagegen, da das Recht der jährlichen Steuerbewilligung nicht gewahrt ist. Den Magistraten der Städte wird jährlich nicht mehr bewilligt, als zur Bestreitung der kommunalen Bedürfnisse nötig ist, im Staate aber heißt es einfach, die bestehenden Steuern werden fortgehoben, ganz gleichgültig ob Ueberschüsse erzielt werden oder nicht; das Abgeordnetenhaus ist nicht in der Lage, den Tarif herabzusetzen. In guten Jahren werden dann eben die Ausgaben hinaufgeschraubt, während in schlechten Jahren, nachdem man sich auf die hohen Ausgaben eingerichtet hat, die Steuern hinaufgeschraubt werden.

Die Einmischung der Steuergesetze auf das Wahlsystem ist gerade darum so bedenklich, weil die einzelnen Abtheilungen von weniger Personen gebildet werden und eine ganz erhebliche Vertheilung von der ersten nach der zweiten und von dieser nach der dritten Abtheilung stattgefunden hat. Die Regierung wollte deshalb, um die Wirkung abzuschwächen, bestimmen, daß für die erste Klasse $\frac{1}{11}$ für die zweite $\frac{1}{12}$ und für die dritte $\frac{1}{13}$ der Steuern maßgebend sein solle. Das Abgeordnetenhaus stimmte dem auch zu. Inzwischen hatten aber die Konserwativen herausgefunden, daß wenn eine Zwöftelung stattfinden würde, auf dem platten Lande vielfach Leute in die zweite Abtheilung kommen würden, die für die konservatve Machtstellung recht unbequem werden könnten. Deshalb wurde im Herrenhause die Zwöftelung schleunigst beseitigt und mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses die Dritttheilung wieder hergestellt. Selbst konservatve Blätter haben diese Verfahren als eine ganz eigensichtige Parteipolitik zugegeben. Einschneidende Änderungen sind ferner insofern getroffen, als für jeden der keine Einkommensteuer bezahlt, ein Steuerlatz von 3 Mark fingirt wird, und daß künftig die Dritttheilung bei Gemeinden von mehr als 17.500 Seelen nicht mehr für die ganze Gemeinde, sondern besonders für jeden Urwahlbezirk geschieht. Wegen der letzteren Bestimmung werden wir wahrscheinlich diesmal das Wunderbarste erleben, da doch die einzelnen Stadtbezirke in der Regel in der Wohlhabenheit ihrer Bewohner große Verschiedenheiten aufweisen. In Berlin hat man schon im 1. Wahlkreis bei der letzten Nachwahl eine Probe davon kennen gelernt. In einem Bezirk dort konnte einer, der 100.000 Mark Steuern zahlt, nicht in der ersten Abtheilung wählen, weil zufällig noch ein zweiter in dem Bezirk wohnte, der noch mehr zahlte. Dagegen befand sich in einem anderen Bezirk des Wahlkreises einer in der ersten Klasse, der nur 127 M. zahlte, während in dem Nebenbezirk ein Mann mit 40.000 M. Steuer erst in der zweiten Abtheilung wählte. So ist es denn auch gekommen, daß sämtliche Wähler in der Wilhelmstraße in der dritten Abtheilung zu wählen hatten. (Große

Heiterkeit.) — Man möge indessen nicht glauben, daß diese Verhältnisse nur durch lokale Absonderlichkeiten bedingt sind. In Wiesbaden fand ebenfalls eine Nachwahl statt, wobei die Listen die gleichen Verhältnisse zeigten. So konnte in einem Bezirk ein Bürger mit 3227 M. Steuer nicht in der 1. Abtheilung wählen, während in einem anderen Bezirk Leute schon mit 72 M. in der ersten Klasse ihr Wahlrecht ausübten. In der 2. Abtheilung wählte ferner jemand mit 1024 M. Steuer, in dem Nebenbezirk dagegen jemand schon mit 16 M. Steuern. Solche schönen Gesetze sind von den Kartellparteiern gemacht worden, und da will man es uns noch bezargen, wenn wir negiren, oder wie man es jetzt nennt, „nörgeln“ und „nicht positiv sind.“ Da danke ich denn doch für eine derartige Positivität! (Sehr richtig. Beifall.)

Infolge dieser Verschleidenheiten ist der Ausfall der Wahl viel unsicherer als je zuvor. Auch die Zeit der Wahl liegt sehr unbequem, und hauptsächlich sind es die Wähler der dritten Klasse, welche durch die Festsetzung der Zeit auf 9 Uhr Vormittags sehr benachtheiligt sind. Da die Festsetzung der Wahlzeit Sache der Gemeinden ist, so werden die Wähler rechtzeitig bei den betreffenden Gemeindebehörden um Anhebung einer passenderen Stunde vortheilhaft werden müssen; es würde sich hierdurch eine regere Betheiligung an den Wahlen herbeiführen lassen. Die letzten Landtagswahlen fielen in den Oktober 1888, eine Zeit tiefer Niedrigkeit und Betrübniß über das traurige Ende Kaiser Friedrichs. Die Vethargie und Apathie, welche sich in der geringen Wahlbetheiligung ausdrückte, kam den konservativen und gouvernementalen Parteien zu gute. Schon im letzten Landtag betrug die Zahl der konservativen und freikonservativen Stimmen 2/3 und es fehlten also nur noch 14 Stimmen an der absoluten Majorität. Wenn also die Nationalliberalen auch bei den diesmaligen Wahlen wieder den Konservativen in die Hände arbeiten, so machen sie sich selbst überflüssig und sägen den Ast ab, auf dem sie sitzen. Wenn die Wahlen wiederum ungünstig ausfallen, so werden sich die Folgen nicht bloß für Preußen, sondern auch für das Reich bemerkbar machen. In den Balkankrieg mit Rußland sind wir hineingetrieben durch den Bund der Landwirthe, den Ausdruck agrarischer Begehrlichkeit. (Lebhafte Beifall.) Wenn es nach diesem ginge, so würde der Zollkrieg überhaupt in Permanenz erklärt. Die Agrarier wollen überhaupt keine Besetzung der Differentialzölle. Was liegt ihnen an der deutschen Ausfuhr? Ein einziges Streben sind hohe Getreidepreise, die Maschinenindustrie, Möbelwaarenindustrie, Holz- und Getreidehandel, alle Erwerbszweige, die auf die Deckung der russischen Grenze besonders in dieser Provinz angewiesen sind, haben für sie kein Interesse. Wenn aber dieser Zollkrieg nicht durch einen friedlichen Handelsvertrag beigelegt wird, so werden die Verhältnisse an der russischen Grenze schlimmer als vor den Verhandlungen (Sehr richtig) und gerade die Provinz Posen würde durch eine weitere Erschwerung des Verkehrs am härtesten betroffen werden, da sie nun einmal in ihrem ganzen wirtschaftlichen Leben auf das Nachbarland Rußland hingewiesen ist. Es ist aber ein Irrthum der Agrarier, wenn sie glauben, daß durch eine Schädigung ihrer eigenen Kundtschaft ihnen genügt sei, dies Vorgehen, welches sie verfolgen, ist selbst vom Standpunkt eigensichtiger Interessenpolitik ein verkehrtes und widersinniges. (Sehr richtig. Lebhafte Beifall.) Wenn aber die Wahlen konservatv ausfallen, so werden alle Widerstandskräfte gegen das Zustandekommen eines deutsch-russischen Handelsvertrages neu gekürt, und noch ein anderes Moment kommt in Betracht. Wenn hier konservatv Wahlen erfolgen, so werden die Gegner der Handelsverträge sagen, die am meisten betheiligten Landstriche nehmen die Sache sehr gelinde auf, also muß es doch wohl nicht so schlimm stehen. Schon der Ausfall der Reichstagswahlen hat die Lage verschlimmert. Vor den Reichstagswahlen war nur davon die Rede, die Kosten für die Heeresorganisation aufzubringen, nach den Reichstagswahlen ist die Forderung der neuen Steuern gleich verdoppelt und werden 100 Millionen gefordert. Der Steuermminister Miquel, der bisher seine Thätigkeit auf den preußischen Landtag beschränkte, widmet dieselbe jetzt auch dem Reichstage. Vor den Reichstagswahlen blieb es, daß von einer Tabak-Steuer Abstand genommen werden solle, nach den Reichstagswahlen soll die Tabaksteuer in erster Linie in Betracht kommen. Wir verwirren jedoch jede Erhöhung der Tabaksteuer, weil dieselbe die minder wohlhabenden Klassen treffen würde, welche ohnehin schon in erster Reihe die persönlichen Lasten der Heeresorganisation tragen. Die Freisinnigen sind gegen eine Tabakfabriksteuer, weil die Verminderung des Konsums an Cigarren und die Vertheilung zu Gunsten des Pfeifentabaks die Entlassung vieler Tausende von Arbeitern zur Folge haben würde. Die Art der Steuererhebung werde zweifellos jeden Kleinbetrieb geradezu unmöglich machen. Er mit seiner Partei werde in der kommenden Session ganz entschieden den Kampf gegen derartige Projekte aufnehmen. Die Freisinnigen sind allerdings weniger im Reichstage wie früher, aber was ihnen an Zahl fehlt, das werden wir durch größere Kühnigkeit und Energie zu erlangen suchen. Wir können hoffen, mit Hilfe anderer Parteien den Steuerfeldzug glücklicher zu Ende zu führen, als im Frühjahr den Militärfeldzug. Wenn die Gegner meinen, wir sind in Folge der Wahl niedergeschlagen und entmuthigt, so irren sie sich. Was uns die Kraft giebt, trotz der Niederlage den Kampf fortzusetzen, ist das Bewußtsein, daß, was wir anstreben, nicht für unsere Person, nicht für eine besondere Klasse, sondern für das Allgemeinwohl gilt. Wir müßten ja an die Sache des Volkes überhaupt verzweifeln, wenn wir an die Zukunft unserer Partei verzweifeln. (Beifall.)

Die Scheidung in der Partei, welche wir kurz vor der Wahl schlacht vollzogen, war Angesichts der Frage, die zur Auflösung des Reichstages geführt hatte, eine unabwendbare Nothwendigkeit. Jetzt noch kann ich es geradezu sagen, daß wir bei $\frac{10}{10}$ der freisinnigen Wähler alles Vertrauen verloren hätten, wäre nicht die Trennung eingetreten. Gleich nach den Wahlen haben wir darum einen Parteitag in Berlin abgehalten, um die Partei nunmehr auf neuer Grundlage wieder aufzubauen und zum Kampf tüchtig zu machen. Im Anschluß an diesen Parteitag veranstalteten wir nun noch Parteitage für die einzelnen Bezirke und so haben wir heute hier in Posen einen Bezirksparteitag abgehalten. Ich habe mich gefreut, auf demselben Führer und Vertrauensmänner unserer Partei so äußerst zahlreich aus fast sämtlichen Wahlkreisen der Provinz vorzufinden zu haben. Das zeugt davon, daß wir hier weit mehr Freunde haben, als man sonst gewöhnlich annimmt. Die Stadt Posen hat seit 1879 stets entschieden liberal gewählt; Zelle, Wächtermann und Schmeiber haben den Wahlkreis in liberalem Sinne vertreten. Wenn es jetzt gelingen sollte, aus der Mitte Ihrer Bürgererschaft den Mann Ihres Vertrauens zu finden, so hoffe ich, daß sich derselbe würdig den drei anreihen möge. Geben Sie in den Wahlkampf, stehen Sie einig zusammen, arbeiten wir müthig und beharrlich, arbeiten wir für das Beste des Vaterlandes. (Brausen, minutenlanger Beifall und immer von Neuem sich wiederholende Hochrufe folgten den Worten des Redners.)

Der Vorsitzende des Parteivorstandes Dr. Friedländer brachte hierauf auch die Kandidatenfrage für die bevorstehenden Landtagswahlen zur Sprache. Der Parteivorstand sei in Anbetracht der Schwierigkeit der Frage mit größter Umsicht zu Werke gegangen, habe unter den Bürgern der Stadt Posen Umschau gehalten und schlage Herrn Stadtrath Jaedel als Kandidaten vor. (Lebhafte Beifall), welcher als langjähriger Bürger unserer Stadt sich zahlreiche Verdienste um das Wohl derselben erworben habe und die Lebensinteressen derselben genau kenne. Besonders erinnerte der Redner an die Verdienste des Herrn Jaedel um den

Zoologischen Garten, um den Posen von manchen größeren Städten beneidet würde, und an die Einbeziehungfrage, welche eine Lebensfrage für Posen sei und für welche Herr Stadtrath Jaedel als Mitglied der Kommission eifrig gewirkt habe. Die Kandidatur werde in einer demnächst abzuhaltenden Versammlung nochmals besprochen werden. (Bravo!)

Herr Carl Malchow: Die Pflicht der Dankbarkeit hätte die Partei veranlassen müssen, Herrn Bürgermeister a. D. Herje als Kandidaten aufzustellen (Stürmischer Beifall), aber die Versammlung dürfte überzeugt sein, daß nur Familienverhältnisse Herrn Herje abgehalten hätten, die Versammlung bereits geschlossen hatte, brach die Versammlung abermals in brausende Hochrufe auf den Abg. Eugen Richter aus, welcher noch mehrmals auf der Tribüne erschien und sich dankend verneigte.

Draußen auf der Straße erneuerten sich die Ovationen. Es war noch nicht gleich eine Drosche zu Stelle, sodaß Richter mit einigen Freunden genötigt war, einen Theil des Weges zum Hotel zu Fuß zurückzulegen. Die nach Hunderten in der Väterstraße angelammelte Menge brach, als Richter am Thor des Lamberschen Establishments erschien, in brausende Hochrufe aus, die nicht eher verstummten, als bis der endlich angelommene Wagen ihn den Blicken der Menge entzog.

(Schluß folgt.)

Die Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal in Bromberg.

II Bromberg, 17. Sept.

Die Stadt hatte schon am frühen Morgen Flaggenschmuck angelegt und ein lebhafter Verkehr herrschte in den Straßen der Stadt, namentlich aber auf dem Welkenplatz an der Danziger Straße, wo das Denkmal errichtet ist. — Um 10 Uhr erfolgte die Aufstellung der an dem Festzuge sich beteiligenden Gewerke, Innungen, Fabriken, Vereine etc. Die erste Abtheilung des Festzuges bildeten der Festausmarsch, Stadt- und Kreisvertretung, Behörden und Sänger, die zweite die Krieger- und Landwehrvereine, die dritte die Innungen und Fabriken, die vierte die Vereine, die fünfte und letzte die Schulen, und zwar die drei oberen Klassen des königlichen Gymnasiums, des königlichen Realgymnasiums, der zwei oberen Klassen der Bürgerschule, des Seminars und der hiesigen Volksschulen. Um 11 Uhr erfolgte der Abmarsch des Festzuges, welcher auf dem Neuen Markte und den angrenzenden Straßen Aufstellung genommen hatte, nach dem Festplatz. Dort hatten in der daselbst, seitwärts von dem Denkmal errichteten Tribüne die geladenen Ehrengäste sich versammelt. Es waren dies zunächst u. a. der Vertreter des Kaisers, der Kommandeur des II. Armeekorps v. Blomberg, Oberpräsident v. Wilamowitz-Möllendorff, General-Intendant D. Heffkel, Regierungspräsident v. Tiedemann etc. Mit dem Schlage 12 Uhr intonirte der Sängerkorps des Provinzial-Sängerbundes den Choral: „Sei Lob und Ehr dem höchsten Gut“ und nach beendetem Gesänge betrat Herr Superintendent Saran die Rednerbühne und sprach das Gebet wie folgt: Das walte die Rednerbühne und sprach das Gebet wie folgt: Das walte Gott Vater, Sohn und heiliger Geist. Amen. Herr unser Gott, allmächtiger Vater, Du König aller Könige und Herr aller Herren, wir danken Dir und preisen Deinen heiligen Namen, daß Du in Gnaden das Werk hast gelingen lassen, zu dessen Weib und Segnung wir feilich hier versammelt sind. Wir haben das Bild unseres großen Kaisers als ein Denkmal Deiner Wunder unter uns aufgerichtet. Denn Du, Herr, mal Deiner Wunder regieren und der auf Erden Richter bist, durch den die Könige regieren und der den Völkern Sieg und Frieden und Helde erweckt, Du bist, der den Völkern Sieg und Frieden verleihst und ihre Geschicke lenkt mit allwaltender Weisheit. Du hast auch diesen Mann, der hohe Gestalt zu den ersten zählt in der Geschichte der Menschheit, Deinem Volke und allen künftigen Geschlechtern zu reichem Segen gelebt: als ein leuchtendes Vorbild frommen Glaubens, demüthiger Besennterue und gottseligen Wandels als einen Helden, vor dessen unbefiegtm Schwert, der Feinde Schaa ren ringsum weichen mußten, um dessen Banner sich die deutschen Fürsten und Völker nach langer Zwietracht freudig scharten, als einen Herrscher, der ebenso gerecht als milde, ein Vater aller seiner Unterthanen war und unter dessen Szepter unser neu geeintes Vaterland zu ungeahnter Macht emporgehoben ist. — O laß nun Herr das ehrene Denkmal Deinem gnädigen Schutz befohlen sein und unter Deiner Obhut stehen, als ein Wahrzeichen Deiner unwandelbaren Treue, als Erinnerungsmal einer großen Zeit und als eine Fierde dieser emporblühenden Stadt. Laß es uns und allen, die nach uns kommen, eine stille und doch laute Mahnung sein, das hohe Erbe, das Du unsern Händen mit dankbarer Treue zu bewahren und es gegen äußere und innere Feinde mit Gut und Blut zu beschirmen. Laß es ein Zeichen des Friedens sein, das uns eine trotz Allem, was uns trennt und entzweit. Laß es im Wechsel der Zeiten und Geschicke uns immer wieder an das Eine erinnern, worauf aller Segen in Staat und Kirche, in Haus und Schule beruht, daß Gerechtigkeit ein Volk erhebt, aber die Sünde der Leute Verderben ist. Laß es ragen in alle Zukunft als einen mächtigen Beckruf zur Treue gegen Dich, unsern Gott, zur Treue gegen unser erlauchtes Herrscherhaus und zur Treue gegen unser theures deutsches Vaterland.“

Nun erfolgte der Segenspruch etc. Nach beendetem Gebete erfolgte der Gesang der Kaiserhymne „Dem Kaiser und Reich“ vom Vorkurschlehrer Braun und komponirt vom Musiklehrer L. Bauer hier. Als die letzten Töne verhallt waren, übergab Herr Stadtrath v. Unruh der Stadt Bromberg das Denkmal mit einer Ansprache, in welcher er etwa Folgendes sagte: Ein Denkmal der verehrenden Liebe zu unserem ersten großen Kaiser, ein Zeichen des Dankes für unendliche landesväterliche Güte, die auch den Geringsten im Lande unablässig galt, ein Sinnbild der Einigkeit in der Treue zum Herrscherhause soll dieses Bild von Stein und Erz sein! So steht es als Wahrzeichen für ferne Geschlechter in der Urkunde, die wir als Ausfluß für die Errichtung dieses Denkmals in den Grundstein versetzt haben. — Aber was hier gethan, ist doch nur ein schwaches Zeichen des Dankes für das, was wir Alle, was Preußen und Deutschland dem großen Kaiser schulden und was Stadt und Land Bromberg nie müde werden wird, dem glorreichen Hohenzollernstamme immerdar zu danken. Unter seinem starken Schutze, seinem weisen, milden und gerechten Szepter ist aus der einstigen Zerrüttung hier ein großes blühendes Gemeinwesen emporgestiegen, die blühende Stadt als Herz eines aufstrebenden Landes, eines das andere in lebendiger Wechselwirkung fördernd und erhaltend. Mit Dank an alle und im Namen aller dieser, die dazu mitgeholfen haben, insonderheit im Namen des Denkmals-Ausschusses übergebe ich nunmehr das Werk des gemeinsamen Schaffens, der schützenden und fürsorglichen Hand der Stadtgemeinde Bromberg. — Möge dies Denkmal ein Glück und Segen bringendes Wahrzeichen für die aufstrebende Stadt, möge es aber auch ein mahnendes Sinnbild einträchtigen Schaffens, unlösbarer Einmüthigkeit und unwandelbarer deutscher Treue zu Kaiser und Reich, zu König und Vaterland für uns und alle kommenden Geschlechter sein! Das walte Gott!!

Darauf bestieg Herr Oberbürgermeister Bräse die Rednerbühne und übernahm das Denkmal seitens der Stadt. Im Namen der Stadt Bromberg sagte der Redner, nehme ich das Denkmal, das der Stadt in so hochherziger Weise angeboten wird, an und danke für die Gabe Allen, Hoch und Niedrig, Arm und Reich die dazu

beigesteuert oder sonst mit Hand oder Fuß zum Gelingen des Werks beigetragen haben. — Besonders danke ich Herrn Professor Calandrelli, dem Künstler, der das Beste gegeben, was die Kunst zu leisten vermag. In wenigen Minuten wird die Hülle fallen. — Bis dahin will ich versuchen, mit kurzen Worten dem Andenken unseres unvergesslichen Kaisers gerecht zu werden.

Der Herr Bürgermeister gab sodann in längerer Rede ein Bild des Lebens und Wirkens von Kaiser Wilhelm I. und pries ihn als den Schöpfer des deutschen Reichs, den Vater seines Volkes, der auch für die Kranken, die Alten, die Invaliden und Arbeiter gesorgt und jeden seines Volks mit gleicher väterlicher Liebe umfaßt habe: „Das war Kaiser Wilhelm, schloß der Redner. Das ganze Volk wird ihm für alle Zeit die innigsten Gefühle der Liebe, der Verehrung und der Dankbarkeit bewahren. Das beweisen die hunderte von Denkmälern, die ihm gesetzt sind, und die hunderte, die noch nachfolgen werden, das beweist das Denkmal vor uns. — Wir Bromberger aller wollen zum Zeichen derselben Gefinnung unser Denkmal treu und sicher bewahren und ehren und hochhalten als unser höchstes Gut. — Das walte Gott!“

Darauf wandte der Herr Bürgermeister sich an den Vertreter des Kaisers, den Generalkommandeur v. Blomberg und bat um die Erlaubnis, die Hülle vom Denkmal fallen zu lassen. Die Erlaubnis wurde erteilt und auf des Redners Geheiß: „Es falle die Hülle!“ zeigte sich das prächtige Denkmal. Das Militär präsentirte und begrüßte dasselbe mit einem dreimaligen Hurrah! Die Glocken läuteten und der Gesang der Nationalhymne erkante. Demnächst erfolgte eine Befichtigung des Denkmals durch die Ehrengäste, darnach der Paradeausmarsch der Truppen und des Festzuges an dem Denkmal vorüber, woselbst sich die Ehrengäste aufgestellt hatten. Von einigen Vereinen wurden am Fuße des Denkmals prächtige Kränze niedergelegt. Auch der Vertreter des Kaisers hatte dies gethan mit einem Kranze, den der Kaiser hierher gesandt hatte.

Nun bewegte sich der Festzug nach dem Friedrichsplatz hin, woselbst nach erfolgter Aufstellung, Oberbürgermeister Bräse vor dem Denkmal Friedrichs des Großen eine patriotische Ansprache hielt, welche in einem Hoch auf den Kaiser Wilhelm II. ausklang. Es wurde die Nationalhymne und demnächst vom Sängerkorps „Die Wacht am Rhein“ gesungen, womit die öffentliche Feier ihren Schluß fand. Die Vereine zogen nach verschiedenen Vergnügungsorten der Stadt, während die Gewerke und Innungen nach Pader abmarschirten, woselbst durch Oberbürgermeister Bräse die Eröffnung der September- als Kaiser-Messe stattfand. Die Ausstellung ist recht reichhaltig besetzt und es sind sehr gute Sachen vorhanden. Abends wird die Stadt illumirt werden. In der Loge findet ein Festessen statt.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Sept. [Zum russischen Handelsvertrage.] So laut der Burd der Landwirthe auch gegen den russischen Handelsvertrag spricht und schreibt, so giebt es zweifellos keinen einzigen Landwirth, er mag der strammste aller Agrarier sein, der sich einbildete, daß der Handelsvertrag selbst dann mißlingen würde, wenn Rußland uns entsprechende Zugeständnisse macht. In ihrem „Wirtschaftlichen Wochenbericht“, wo sie ein bißchen über die Parteibrille hinaussehen darf, veröhnt sich die „Kreuztg.“ heute mit der Gewährung der niedrigeren Getreidezölle an Rußland, macht aber die Ermäßigung von der Bedingung abhängig, daß der Getreidezoll gegenüber Rußland „in ein bestimmtes Verhältniß zu dem Stande der russischen Valuta gebracht wird.“ Die „Kreuztg.“ geht davon aus, daß Rußland in bestimmten Zwischenräumen einen amtlichen Kurs seiner Noten und seiner Silbermünzen für die Zollzahlung festsetze. „In gleicher oder ähnlicher Weise müßten die Zollsätze beweglich gemacht werden, sodaß bei einem Fallen der russischen Valuta die russischen Zölle ermäßigt, die deutschen Zölle erhöht würden und umgekehrt in genau zu vereinbarnder Scala.“ Es ist etwas Unmögliches, was hier verlangt wird, da die russische Regierung sich auf eine variable Zollform weder einlassen kann noch wollen wird, aber der von der „Kreuztg.“ aufgestellte Gesichtspunkt ist immerhin einer theoretischen Würdigung werth. Daß die Zollsätze zwischen Ländern mit verschiedener Währung oft etwas Anderes bedeuten, als was die mechanisch gegriffene Ziffer darstellen soll, das darf man der „Kreuztg.“ schon zugeben.

— Die Spezialsteuerkonferenz beschloß die Zuziehung und Anhörung der Sachverständigen des Tabakhandels für den 18. September. Ueber die Grundzüge der Tabakbesteuerung ist laut den „Berl. Polit. Nachr.“ eine Einigung erzielt worden. Unter den Sachverständigen, welche zur Vernehmung nach dem Reichsschatzamt geladen worden sind, befindet sich auch der bekannte Berliner Tabak- und Zigarrenfabrikant Bernhard Voerer von der Firma Voerer und Wolf.

— Der ehemalige Berliner Stadtsyndikus Eberth soll sich um ein Mandat zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung bewerben.

* Karlsruhe, 16. Sept. Das erste deutsche Mädchen-Gymnasium wurde heute durch den Verein für Frauenbildung reformirt. Der Feier wohnten Vertreter der Behörden und Schulen und ein sehr zahlreiches Publikum bei. Die Reden hielten unter Anderen die Vorsitzende des Vereins Frau Kettler, Oberschulrath von Sallwürk und Universitätsprofessor Haag. Sammtliche Ansprachen wurden sehr beifällig aufgenommen. Die Feier nahm einen sehr würdigen Verlauf.

Lokales.

Posen, 18. September.

p. Zu argen Erzeffen kam es in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Reichsgarten in Jersik. Dort feierte nämlich die Zimmergesellennung ein kleines Sommervergügen, das indessen durch eine größere Anzahl Arbeiter, welche in angetrunkenem Zustande in das Lokal drangen, eine unliebsame Störung erfuhr. Die Streitigkeiten zwischen beiden Parteien arteten schließlich zu einer allgemeinen Prügelei aus, bei der die Streitenden sich mit Steinwürfen und Messern zu Weibe gingen. Der sogleich herbeigeholten Polizei gelang es endlich, mit blanker Waffe die Ordnung wieder herzustellen. Mehrere Beteiligte hatten bei dem Kampfe derartige Wunden davongetragen, daß sie sich vom Arzt verbinden lassen mußten.

p. Vom Bahnhof. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist auf dem hiesigen Bahnhof, auf den jetzt mit allen Zügen die vom Militär entlassenen Reservisten eintreffen, ein starkes Kommando vom Fußartillerie-Regiment kommandirt. Am Sonnabend kam mit dem Breslauer Zuge ein schwer verletzter Adjutant vom Stabe der Artillerie-Brigade an, und wurde sogleich nach seiner

Wohnung geschafft. Derselbe ist im Mansöver, wie uns mitgetheilt wird, äußerst unglücklich mit dem Pferde gestürzt.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 16. Sept. Um 9 Uhr 38 Min. fuhr der Kaiser, nach sehr herzlicher Verabschiedung von dem König und der Königin, mit dem Prinzen Ludwig von Bayern über München nach Güns. Der Kaiser und der König umarmten und küßten sich wiederholt.

Würzburg, 16. Sept. Das heute gefällte Urtheil in dem Prozesse des Haffsurter Kreditvereins lautet gegen den Kassirer Hohmann auf 5 Jahre Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe, gegen den Kontrolleur Joerg auf 4 Jahre Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe und gegen den Direktor, früheren Bürgermeister Brehm, auf 1 Jahr Gefängniß und 300 M. Geldstrafe.

London, 16. Sept. Wie der „Times“ von ihrem Berliner Korrespondenten gemeldet wird, beschloßen Deutschland, England und die Vereinigten Staaten von Amerika, Mataafa an Bord eines deutschen Kriegsschiffes nach den Marshall-Inseln überzuführen.

Kopenhagen, 16. Sept. Durch ein königliches Hand schreiben wird der Reichstag auf den 2. Oktober einberufen.

Konstantinopel, 16. Sept. In den letzten Tagen sind im Irrenhause zu Scutari 2 Personen an Cholera erkrankt und 2 gestorben; in Pera und Stambul erkrankten je eine Person, in der Stadt Scutari 4 Personen unter choleraartigen Erscheinungen.

Cetinje, 16. Sept. Peter Karageorgevitch richtete anläßlich der Niederlegung eines Kranzes auf dem Grabe Karageorg's Seitens des Königs von Serbien an diesen ein Telegramm, welches besagt, dieser edle zum ersten Male von einem Obrenovitch vollzogene Akt werde vom serbischen Volke einmüthig mit warmer Dankbarkeit begrüßt. Obwohl fern von Vaterlande Serbien, begrüße er doch diesen aller Anerkennung würdigen Akt eines Monarchen gegenüber den Ahnen und dem Andenken eines großen Helden.

Handel und Verkehr.

** Paris, 14. Sept. Bankausweis.

Baarsvorrath in Gold	1 682 938 000 Abn.	6 984 000 Frs.
do. in Silber	1 270 682 000 Abn.	2 551 000 "
Portef. der Hauptb. und der Filialen	486 287 000 Abn.	886 000 "
Notenumlauf	3 407 743 000 Abn.	1 576 000 "
Lauf. Rechn. d. Priv.	377 238 000 Abn.	8 900 000 "
Guthaben des Staats-schatzes	85 390 000 Zun.	5 819 000 "
Gesammt-Vorhülle	291 273 000 Abn.	2 846 000 "
Zins- und Diskont-Erträge	4 126 000 Zun.	230 000 "
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarsvorrath	86 67.	

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seeshöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels Grad
16. Nachm. 2	753,5	W mäßig	better	+21,6
16. Abends 9	751,7	Windstill	better	+13,2
17. Morgs. 7	746,1	WSW leicht	bedeckt	+13,3
17. Nachm. 2	743,5	SW stark	trübe	+20,0
17. Abends 9	742,8	SW mäßig	halb better	+18,5
18. Morgs. 7	746,1	W mäßig	wolkig	+11,5

1) Mittags kurzer Regen. 2) Gegen 10 Uhr schwacher Regen. Niederschlagshöhe in mm am 18. Sept. Mittags 7 Uhr: 0,7.

Am 16. Sept.	Wärme-Maximum + 22,7°	Cels.
Am 16. "	Wärme-Minimum + 13,0°	"
Am 17. "	Wärme-Maximum + 23,9°	"
Am 17. "	Wärme-Minimum + 11,8°	"

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 16. Sept. (Schlußkurse.) Ermattend. Neue Proz. Reichsanleihe 85,30, 8 1/2, Proz. U.-Pfundbr. 97,40, Konf. Türken 22,10, Tür. Loose 85,00, 4proz. ung. Goldrente 94,20, Bresl. Diskontobank 98,00, Breslauer Wechselbank 96,50, Kreditaktien 201,75, Schief. Bankverein 114,25, Donnersmarthütte 85,50, Wölber Raschlebenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 119,25, Oberschles. Eisenbahn 46,00, Oberchiesl. Portland-Bement 85,75, Schief. Bement 135,00, Oppeln-Bement 97,40, Kramka 130,75, Schief. Briketts —, Laurahütte 103,25, Verein. Delfabr. —, Oesterreich. Bankverein 161,80, Russ. Banknoten 212,00, Schief. Bement 89,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 89,90, Breslauer elektrische Straßenbahn 114,00.

Frankfurt a. M., 16. Sept. (Effekten-Sozialität.) [Schluß.] Oesterreich. Anleihen 271 1/2, Franzosen 245 1/2, Lombarden 85 1/2, Ungar. Goldrente 94,00, Gottschalk 146,50, Diskontokommandit 172,30, Dresdner Bank 137,70, Berliner Handelsgesellschaft 132,80, Bochumer Gußstahl 118,00, Dortmunder Union St.-Pr. —, Gelsenkirchen 138,80, Harpener Bergwerk 131,00, Siberia 113,00, Laurahütte 98,40, 4proz. Portugiesen —, Stalienische Mittelmeerbahn 90,50, Schweizer Centralbahn 113,00, Schweizer Nordostbahn 105,20, Schweizer Union 73,70, Stalienische Meridional —, Schweizer Simplonbahn 59,50, Nordb. Lloyd —, Mexikaner 60,50, Italiener —, Rußg.

Hamburg, 16. Sept. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 271,20, Lombarden —, Diskontokommandit 172,25, Laurahütte 97,40, Franzosen —, Badefahrt —, Italiener 83,00, Behauptet.

Paris, 16. Sept. (Schlußkurse.) Matt. 3proz. amortis. Rente 98,95, 3proz. Rente 98 22 1/2, Italien. 5proz. Rente 83,37 1/2, 4proz. ungar. Goldrente 94,37 1/2, III. Orient-Anleihe 67,90, 4proz. Russen 1889 99,30, 4proz. unif. Egypter 102,55, 4proz. span. ä. Anleihe 64, tonv. Türken 22,07 1/2, Türken-Loose 88,50, 4proz. Portugiesen —, Prioritäts-Obligationen 1890 452,00, Franzosen 626,25, Lombarden —, Banque Ottomane 579,00, Banque de Paris 637,00, Banque d'Escompte 673,00, Rio Tinto-A. 335,00, Suezkanal-A. 2696,00, Cred. Lyonn. 773,00, B. de France —, Tab. Ottom. 381,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 1/2, Londoner Wechsel l. 25,26, Chéq. a. London 25,28, Wechsel Amsterdam l. 207,18, do. Wien l. 198,00, do. Madrid l. 417,00, Meridional-A. 665,00, C. d'Esc. neue —, Robinson-A. —, Portugiesen 21,18, Portug. Tabaks-Obligat. 351,00, 3proz. Russen 81,00, Kreditdiskont 2 1/2.

Produkten-Kurze.

Bremen, 16. Sept. (Kurse des Effekten- und Waffer-Bereins.) 5proz. Nordb. Wollkammerlei- und Rammgarn-Spinnerlei-Aktien 166 Br. 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 116 1/2, bez. Bremer Wollkammerlei 303 Bd.

Bremen, 16. Sept. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fassoll, frei. Rubig. Loto 4,35 Br.

Baumwolle. Fest. Upland middling, loto 44 1/2 Flg., Upland Baffis middl., nicht unter loto middl., auf Termislieferung p. September 44 1/2 Flg., p. Oktober 44 1/2 Flg., p. Novbr. 44 1/2 Flg., p. Dez. 44 1/2 Flg., p. Jan. 45 Flg., p. Febr. 45 Flg.

Speck. Fest. Short clear middl. September-Abladung —, Dezember-Januar-Abladung 48.

Tabak. Umsatz: 100 Fässer Stengel, 35 Fässer Kentucky, 250 Fäden Paraguan.

Hamburg, 16. Sept. Getreidemarkt. Weizen loto rubig, halbfleischer loto neuer 142-145. — Roggen loto rubig, medle b. loto neuer 135-137, russischer loto rubig, transit 98. Dinkel rubig. — Gerste rubig. — Rüböl (unverzollt) matt, loto 48 — Spiritus still, loto p. Sept.-Oktober 24 Br., per Oktober-Nov. 23 1/2 Br., per Novemb.-Dezbr. 23 1/2 Br., per April-Mai 23 Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum loto still, Standard white loto 4,55 Br., per Oktob.-Dezbr. 4,70 Br. — Wetter: Schön.

Rhein, 16. Sept. (Getreidemarkt.) Weizen alter hiesiger loto, 16,00, do. neuer hiesiger 15,75, fremder loto 17,00, per Sept. —, per Nov. —, Roggen hiesiger loto 14,75, fremder loto 17,25, per Sept. —, per Novbr. —, Hafer alter hiesiger loto 19,75, neuer hiesiger 16,75, fremder 17,00. Rüböl loto 52,00, per Okt. 50,10, per Mai 51,30. — Wetter: Schön.

Hamburg, 16. Sept. Rudermarkt. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I Produkt Baffis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Sept. 15,20, per Okt. 14,40, per Dez. 14,27 1/2, per März 14,50. Setzig.

Hamburg, 16. Sept. Kaffee. (Schlussbericht.) Good average Santos per September 81 1/2, per Dezember 78 1/2, per März 76, per Mai 75. Rubig.

Hamburg, 16. Sept. Salpeter unverändert.

Left, 16. Sept. Produktmarkt. Weizen fest, per Herbst 7,43 Gd., 7,44 Br., per Frühjahr 7,83 Gd., 7,84 Br., Hafer per Herbst 6,55 Gd., 6,57 Br., per Frühjahr 6,60 Gd., 6,65 Br. Mais per August-Sept. 4,33 Gd., 4,85 Br., p. Mai-Juni 1894 5,15 Gd., 5,16 Br. Kohlraps per Sept.-Oktober 15,60 Gd., 15,70 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 16. Sept. (Schluss) Rohzucker beh., 88 Proz. loto 39,75 à 40. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Sept. 41,25, per Oktbr. 41,25, per Oktbr.-Januar 41,37 1/2, per Jan.-April 41,75.

Amsterdam, 16. Sept. Java-Kaffee good ordinary 51 1/2.

Amsterdam, 16. Sept. Bancazim 55 1/2.

Amsterdam, 16. Sept. Getreidemarkt. Weizen per November 165, p. März 175. Roggen per Oktober 122, per März 120. Rüböl per Herbst —, per Mai —.

Antwerpen, 16. Sept. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Typo weiß loto 11 1/2, bez. u. Br., per Septbr. 11 1/2 Br., per Oktbr.-Dezbr. 11 1/2 Br., p. Jan.-April 11 1/2 Br. Rubig.

Paris, 16. Sept. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig p. Sept. 20,80, p. Oktober 21,10, per Novbr.-Febr. 21,80, per Jan.-April 22,20. — Roggen beh., per September 13,70, per Januar-April 15,20. — Weizen rubig, per September 44,50, per Okt. 45,20, per Novbr.-Febr. 46,60, per Jan.-April 47,50. — Rüböl behauptet, per Sept. 55,50, per Okt. 55,75, per Nov.-Dezbr. 56,25, per Jan.-April 57,50. — Spiritus rubig, per Sept. 41,50, per Okt. 41,25, per Novbr.-Dezbr. 41,00, per Jan.-April 41,25. Wetter: Schön.

Havre, 16. Sept. (Telegr. der Hamb. Firma Reimann Steglar u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haufe.

Havre, 16. Sept. (Telegr. der Hamb. Firma Reimann Steglar u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Sept. 98,75, p. Dez. 97,75, per März 94,75. Behauptet.

Antwerpen, 16. Septbr. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen rubig. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 16. Aug. Wollantion. Angeboten waren 2647 Ballen La Plata, davon wurden 1720 Ballen verkauft. Tendenz befristet.

London, 16. Sept. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt.

Newyork, 16. Sept. Baarenbericht. Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2, Petroleum träge, do. in Newyork 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 5,40, do. Pipe line certifikates, per Oktober 64. Schmalz loto 9,20, do. Rube u. Brothens 9,40. Mais p. Sept. 48 1/2, do. p. Okt. 48 1/2, p. Nov. 49. Rother Winterweizen 74 1/2, do. Weizen p. Sept. 74 1/2, do. Weizen p. Oktober 74 1/2, do. Weizen p. November —, do. Weizen per Dezember 78 1/2. — Getreidefracht nach Liverpool 2 1/2. — Kaffee fair Rio Nr. 7 18 1/2, do. Rio Nr. 7 per Oktober 16,97, do. Rio Nr. 7 p. Dezember 15,97. — Wehl Spring clear 2,55. — Zuder 3 1/2. — Kupfer loto 9,75.

Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Baaren betrug 4 943 100 Dollars gegen 3 781 431 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2 039 554 Dollars gegen 1 984 174 Dollars in der Vorwoche.

Chicago, 16. Sept. Weizen per Sept. 68 1/2, per Oktob. 69 1/2, Mais per Septbr. 40. — Speck short clear nom. Pork per Sept. 16,35.

Telephonischer Börsenbericht.

Newyork, 16. Sept. Weizen per Sept. 74 1/2 C., per Oktbr. 74 1/2 C.

Berlin, 17. Sept. Wetter: Regnerisch.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Sept. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zum Theil etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls weniger günstig und trugen hier zur weiteren Bestimmung der Spekulation bei. — Um die Mitte der Börsenzeit machte sich vom Montanmarkt ausgehend, eine leichte Befestigung der Haltung geltend, doch schloß die Börse wieder schwach. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ruhig, gestaltete sich aber zeitweise auf einigen Gebieten etwas lebhafter. — Der Kapitalmarkt zeigte ziemlich feste Haltung für heimische sowie Anlagen bei mäßigen Umsätzen: Deutsche Reichs- und Preussische konsolidirte Anleihen waren zum Theil geringfügig abgeschwächt. — Fremde festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand zumest ziemlich behaupten; Mexikaner fester und ziemlich lebhaft; Italiener schwankend, Ungarische Goldrenten schwach, auch russische Noten abgeschwächt. — Der Privatdiskont wurde mit 4% Prozent notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Devisenverkehrs Kreditaktien auf ermäßigtem Niveau mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen, Lombarden und Elbehalbahn schwächer, auch Gotthardbahn abgeschwächt; Warschau-Wien behauptet. — Inländische Eisenbahnaktien ziemlich fest aber ruhig. — Vantaktien in den Kassamärkten still; die spekulativen Devisen zu etwas abgeschwächter Notiz zeitweise mehr gehandelt. — Industripapiere behauptet und ruhig; Montanwerthe fester und zum Theil lebhafter, besonders Kohlenaktien.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Sept. Trozdem Amerika um 1/2 Cts. höhere Preise und England festere Berichte fandte, war hier die Tendenz nur wenig befristet. Weizen und Roggen waren um 1/2 M. höher. Hafer verkehrte in fester Tendenz. Geringere Sorten, welche in jüngster Zeit vernachlässigt waren, fanden heute mehr Beachtung. Auch Mais war etwas höher. Rüböl war schwach und notirt 30 Pfennig niedriger als gestern. Spiritus auf fortgesetzt günstige Berichte über die Kartoffelernte matt. Der Deport hat sich heute nicht unwesentlich verfestigt, da heute für Hamburg keine Vorkäufe stattfanden, und hiesige Lageringaber als Abgeber für Loco und vordere Termine antraten.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) per 1000 Kilogr. Loto unbedeutender Umlauf. Termine still. Gefündigt 250 Tonnen. Rindigungspreis 151,5 M. Loto 140-156 Mark nach Qualität. Lieferungsqualität 150 M., gelber und bunter Märtscher 150 bis 151 bez., per diesen Monat — M., per Sept.-Oktober 151,50 M., per Okt.-Novbr. 153-153,25 bez., per Nov.-Dez. 155-155,25 bez., per Dez. —, per Januar 1894 —, per Febr. —, per März —, per April 161,75-162 bez., per Mai 162,75-163 bez. Roggen per 1000 Kilogramm. Loto wenig Angebot. Termine fester. Gefündigt 300 Tonnen. Rindigungspreis 131 M. Loto 122-132 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 130 M., inländischer, guter alter und neuer 130-131 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per Sept.-Oktober — bez., per Oktober-Nov. 132,5-132,25-132,5 bez., per Nov.-Dezbr. 134,5-134-134,5 bez., per Dezbr. —, per April 1894 —, pr. Mai 139,5-139,75 bis 139,5 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Käufer sehr zurückhaltend. Große und kleine 150 bis 190, Futtergerste 125-145 M. nach Qualität. Hafer per 1000 Kilogramm. Loto feine Waare gefragt. Termine höher. Gef. 100 Tonnen. Rindigungspreis 159,75 M. Loto 148-188 M. nach Qualität, Lieferungsqualität 165 M. Rommischer mittel bis guter 152 bis 174 bez., feiner 175-184 bez., preussischer mittel bis guter 154-176 bez., feiner 177 bis 186 bez., schles. mittel bis guter 154 bis 176 bez., feiner 177-186 bez., per diesen Monat 165,5 M., per Sept.-Oktober 159,5-160 bez., per Okt.-Nov. 154-154,5 bez., per Nov.-Dezbr. 152,5-153 bez., per Dez. —, per April 1894 — bez., per Mai —.

Mais per 1000 Kilogramm. Loto unverändert. Termine höher. Gefündigt 300 Tonnen. Rindigungspreis 110 Mark Loto 112 bis 125 M. nach Qualität, per diesen Monat — Mark, per September-Oktober 110-111 bez., per Okt.-Novbr. 111,5 bis 112 bez., per Nov.-Dez. 112,5-113 bez., per Mai 1894 —. Erbsen per 1000 Kilogr. Rohwaare 165-200 M. nach Qual., Futterwaare 146-160 M. nach Qual. Delsaaten ohne Handel.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sack. Termine fester. Gefündigt — Sack. Rindigungspreis — M., per diesen Monat und per Sept.-Okt. 17,10 bez., per Oktober-Novbr. 17,35 bez., per Novbr.-Dez. 17,55 bez., per Mai 1894 — M. bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Fass. Termine matt. Gefündigt — Str. Rindigungspreis — M. Loto mit Fass — M., ohne Fass — M., per diesen Monat und per Sept.-Okt. —, per Oktober-November und per Nov.-Dezember 48-47,8 bez., per April-Mai 1894 48,7 M.

Petroleum ohne Handel. Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 18,40 M. — Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat —. Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack, per diesen Monat 18,40 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe. Ohne Handel. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Erlasses. Gef. — Bitter Rindigungspreis — M. Loto ohne Fass 35,6-35,4 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matter. Gefündigt 140 000 Liter. Rindigungspreis 33,70 M. Loto mit Fass —, per diesen Monat 34,1-33,4 bez., per Sept.-Okt. 34,0 bis 33,3-33,4 bez., per Okt.-Nov. und per Novbr.-Dez. 33,1 bis 32,7-32,9 bez., per Dez. —, per Januar 1894 37,3 bez., per Februar 37,6 bez., per März 38,0 bez., per April 38,7-38,4-38,5 bez., per Mai 38,9-38,6-38,7 bez.

Weizenmehl Nr. 00 21,25-19,25 bez., Nr. 0 19,00-17,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,25-16,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,50-17,25 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilogr. br. incl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 Sch. 1 Dol = 4 1/2 M. 1 Rub = 3,20 M. 1 Gulden österr. = 2 M 7 Gulden südd W = 42 M. 1 Gulden hell. V = 1 M. 75 Pf., 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Poseta = 4 M.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Stamm-Priorität, Eisenbahn-Priorität-Obligat, Hypotheken-Certifikate, and Industrie-Papiere.

Printed and published by the publisher of the newspaper in Berlin.